

# BUND

FAKTEN, ANALYSEN,  
AKTIONEN UND TIPPS  
FÜR UMWELTBEWUSSTE

01  
24

# MAGAZIN



## NATURNAH GÄRTNERN

### ZUR ZEIT

Denkmal aktiv

Schmetterling des Jahres

### GUTER RAT

Heizungsgesetz: Was sich ändert

Ökotipp: Nisthilfen für Insekten

FÜR EIN VERBOT

# ATOMWAFFEN? NEIN DANKE!

Seit einem Jahr ist der BUND Mitglied der Internationalen Kampagne zur Abschaffung der Atomwaffen, kurz ICAN.



**JULIANE DICKEL**

leitet die Atompolitik des BUND.

**B**eschlossen hat den Beitritt einstimmig unser höchstes Gremium, die Bundesdelegiertenversammlung. ICAN ist ein Zusammenschluss von Nichtregierungsorganisationen aus 122 Ländern. Unser gemeinsames Ziel lautet, dass alle Staaten dem Vertrag über ein Verbot von Atomwaffen beitreten – und dass dieses Verbot dann auch in Kraft tritt. Für ihre Arbeit erhielt ICAN im Jahr 2017 den Friedensnobelpreis.

Anlässlich des Beitritts erklärte der BUND-Vorsitzende Olaf Bandt: »Mit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine ist die atomare Bedrohung wieder stark in die Öffentlichkeit gerückt. Atomanlagen als Kriegsziele, die Gefahr eines atomaren Super-GAU und eine mögliche Eskalation hin zu einem Atomkrieg beunruhigen viele Menschen. Wir fordern die Regierung auf, dem Verbotsvertrag beizutreten – als ein klares Bekenntnis gegen diese Massenvernichtungswaffen.«

## NUKLEARE TEILHABE

Der Vertrag über ein Atomwaffenverbot existiert seit 2021. 92 Staaten haben ihn bisher unterzeichnet. Deutschland gehört nicht dazu, die Bundesregierung nimmt aber als Beobachterin an den Sitzungen teil – wie zuletzt Ende November an der

zweiten Vertragsstaatenkonferenz. Dafür wurde sie jedoch aus der FDP kritisiert.

Als Mitglied müsste Deutschland alle Atomwaffen im eigenen Land verbieten, was die Atombomben der USA in Büchel/Rheinland-Pfalz einschließt. Doch an dieser »nuklearen Teilhabe« will die Bundesregierung weiterhin festhalten. Was heißt, dass deutsche Soldatinnen und Soldaten trainiert werden, um im Ernstfall Atombomben abwerfen zu können.

## MILITÄRISCH UND ZIVIL

Laut dem Atomwaffensperrvertrag von 1970 sollen sich alle Staaten mit Atomwaffen bemühen, eine Abrüstung in die Wege zu leiten. Der Verbotsvertrag hingegen verpflichtet dazu, die Atomwaffen schnell abzuschaffen. Dies lehnen die betroffenen Staaten ab und modernisieren aktuell sogar ihr nukleares Arsenal.

Erstmals betrachtet der Verbotsvertrag auch die Opferhilfe, also medizinische, psychologische und gesellschaftliche Fürsorge. Denn bis heute leiden Menschen unter den Spätfolgen der oberirdischen Atomtests der 1950er und 1960er Jahre. Auch die Sanierung der verstrahlten Umwelt ist Teil des Vertrags.

Die militärische und zivile Nutzung der Atomkraft sind untrennbar verknüpft. Das hat erst jüngst Emanuel Macron bestätigt. Der Präsident des Atomwaffenstaates Frankreich will die unwirtschaftliche Atomkraft stärker über die EU finanzieren – um mittels der Atomkraft die Klimakrise und das Artensterben zu bekämpfen, so sein Argument. Dabei wirkt die Atomkraft nur als Bremse für den Ausbau erneuerbarer Energien. Der BUND lehnt die gefährliche zivile wie auch die tödliche militärische Nutzung der Atomenergie strikt ab.



Aktive von ICAN im November vor dem Auswärtigen Amt in Berlin.



**Rieger-Hofmann® GmbH**

Samen und Pflanzen gebietseigener Wildblumen  
und Wildgräser aus gesicherten Herkünften



**Wildsaatgut ansäen - Artenvielfalt ernten**

Tel. 07952 / 9218 89-0

Anbau - Beratung - Verkauf

info@rieger-hofmann.de